

### 3. Sitzung

#### des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Personennahverkehrs und kommunale Verkehrsplanungen

#### Tag der Sitzung

10.11.2014

#### ORT DER SITZUNG

Kelheim

---

**VORSITZENDER: Dr. Hubert Faltermeier**

---

**ZAHL ALLER AUSSCHUSSMITGLIEDER:** 12 Kreisräte (zzgl. Landrat)

---

**NAMEN DER ANWESENDEN UND  
STIMMBERECHTIGTEN KREISRÄTE:**

Edgar Fellner, 84048 Mainburg	Kreisrat Edgar Fellner als Vertreter von Kreisrat Heinz Reiche
Dr. Andreas Fischer, 93326 Abensberg	
Josef Hofmeister, 93077 Bad Abbach	
Martin Kiermeyer, 84089 Aiglsbach	
Werner Maier, 84048 Mainburg	
Karl Mirwald, 93309 Kelheim	
Josef Reiser, 84048 Mainburg	
Annette Setzensack, 84048 Mainburg	
Angela Steinberger, 93309 Kelheim	
Ludwig Wachs, 93077 Bad Abbach	
Dr. Gudrun Weida, 93309 Kelheim	Kreisrätin Dr. Gudrun Weida als Vertreterin von Kreisrat Christian Prasch

---

**FEHLENDE KREISRÄTE:**

Wolfgang Gural, 93326 Abensberg	Kreisrat Wolfgang Gural fehlt als Vertreter von Kreisrat Rupert Treitinger entschuldigt
Christian Prasch, 93309 Kelheim	Kreisrat Christian Prasch fehlt entschuldigt
Heinz Reiche, 93309 Kelheim	Kreisrat Heinz Reiche fehlt entschuldigt
Rupert Treitinger, 93333 Neustadt/Donau	Kreisrat Rupert Treitinger fehlt entschuldigt

---

**SCHRIFTFÜHRER: Verw.-Angestellter Dieter Studenik**

---

**AUSSERDEM WAREN ANWESEND:**

Abteilungsleiter Herr Krause, Herr Stadler (stv. Kreiskämmerer), Frau Braun, Frau Mursch;  
Kreisrat Werner Reichl)

---

**BESCHLUSSFÄHIGKEIT NACH ART. 41 ABS. 2 LKRO WAR GEGEBEN.**

**Die Sitzung war öffentlich - nicht öffentlich**

1. Haushalt 2015
2. Defizitabdeckung der Gemeinden
3. Kostenlose Busbenutzung für Kindergärten
4. Fortschreibung des Nahverkehrsplans
5. Sonstiges

### **Niederschrift**

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Personennahverkehrs und kommunale Verkehrsplanungen am 10.11.2014, 14:00 Uhr, im kleinen Sitzungssaal (Zi. Nr. 22) des Landratsamtes Kelheim.

Landrat Dr. Faltermeier eröffnete die Sitzung. Gegen die Ladung und die Tagesordnung wurden keinerlei Einwendungen erhoben.

Beschluss-Nr. 120:     Haushalt 2015

Herr Studenik erläutert den vorliegenden Haushaltsentwurf. Hierbei werden u.a. auch die zu erwartenden Kosten für die MVV-Tarifaufweitung angesprochen, die eine Steigerung der Linienzuschüsse um 125.000,00 € verursacht. Nach kurzer Diskussion ergeht folgender

#### Beschluss:

Dem ÖPNV-Haushaltsentwurf 2015 mit Einnahmen in Höhe von 371.400,00 € und Ausgaben in Höhe von 1.263.300,00 € wird zugestimmt.

Dafür: 12   Dagegen: 0

Beschluss-Nr. 121:     Defizitabdeckung der Gemeinden

Herr Studenik erläutert die Beschlussvorlage sowie die per Tischvorlage ausgeteilten Berechnungsgrundlagen. Die Ausgaben der Gemeinden sollen wie jedes Jahr mit dem Prozentsatz abgedeckt werden, der von der Regierung von Niederbayern dem Landkreis Kelheim zuerkannt wird. Es ist eine einmalige Förderung für das Jahr 2013. Es ergeht folgender

#### Beschluss:

Die bei der Beantragung der ÖPNV- Zuweisungen gemeldeten Defizite der Gemeinden werden mit dem Prozentsatz abgedeckt, der von der Regierung von Niederbayern dem Landkreis Kelheim zuerkannt wird. Es handelt sich hierbei um eine einmalige Förderung für das Jahr 2013.

Auf eine Förderung in gleicher Höhe für 2014 besteht kein Rechtsanspruch.

Dafür: 12   Dagegen: 0

Beschluss-Nr. 122: Kostenlose Busbenutzung für Kindergärten

Nachdem Kreisrätin Dr. Weida in Vertretung von Kreisrat Prasch dessen Antrag vorge-tragen hat, schildern Landrat Dr. Faltermeier und Herr Studenik das Thema aus Sicht der Verwaltung. Es gilt auch hier der Gleichbehandlungsgrundsatz (z.B. im Hinblick auf Rentner, Asylbewerber, Empfänger von Hartz 4). Herr Studenik weist in dem Zusam-menhang noch auf ein kürzlich ergangenes Urteil des Verwaltungsgerichtes Augsburg vom 7.10.2014 hin. Darin ging es um die Ungleichbehandlung beim Sozialticket der Stadt Augsburg.

Darüber hinaus obliegt die Tarifgestaltung dem Verkehrsunternehmen, das sich nicht bereit erklärt, hier Tarifänderungen vorzunehmen. Aus vorgenannten Gründen empfiehlt die Verwaltung daher, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Kreisrätin Dr. Weida zieht nach vorheriger Absprache mit Kreisrat Prasch den Antrag aufgrund der Ausführungen zurück. Allerdings ist ihr nicht verständlich, warum die Deutsche Bahn, RVV und MVV alle Kinder unter sechs Jahren kostenlos befördern und die RBO nur bis zu zwei Kinder unter sechs Jahren. Herr Studenik begründet die unter-schiedliche Handhabung mit den Tarifbestimmungen der jeweiligen Verkehrs-unternehmen. Er stellt in diesem Zusammenhang nochmals deutlich heraus, dass die Tarifgestaltung durch das Verkehrsunternehmen erfolgt, das auch bei der Regierung die Genehmigung beantragt. Kreisrat Dr. Fischer macht ebenfalls auf die Tarifautonomie der Verkehrsunternehmen aufmerksam. Landrat Dr. Faltermeier teilt den Wortlaut der betreffenden Tarifbestimmungen mit und weist auf die eindeutigen Regelungen hin; ebenso darauf, dass eine Änderung des Tarifgefüges auf Anfrage der Verwaltung abge-lehnt wurde. Im Übrigen ist der soziale Ausgleich im Tarifgefüge berücksichtigt.

Nach eingehendem Gedankenaustausch beantragt Kreisrat Reiser, dass von der Ver-waltung im Dialog mit der RBO versucht werden soll, eine Änderung des Tarifes zu-gunsten der kostenlosen (Gruppen-)nutzung von Kindern unter sechs Jahren herbei zu führen. Er wünscht aber wegen der unterschiedlichen Tarife eine Aufklärung durch die Verwaltung, um dann abstimmen zu können. Wegen möglicher Präzedenzfälle soll sich der Landkreis finanziell aber nicht beteiligen. Dieser Aussage schließen sich die übrigen Mitglieder an.

Landrat Dr. Faltermeier schlägt vor, den Antrag zurück zu nehmen. Von Kreisrat Prasch wird ein neuer Antrag vorgelegt. Es ergeht folgender

Beschluss:

Der vorliegende Antrag wird zurück genommen. Von Kreisrat Prasch wird rechtzeitig zur nächsten ÖPNV-Ausschusssitzung ein neuer Antrag eingereicht.

Dafür: 12 Dagegen: 0

Beschluss-Nr. 123: Fortschreibung des Nahverkehrsplans

Frau Mursch zeigt anhand einer Bildschirmpräsentation die bisherigen Arbeitsschritte sowie die Gliederung bezüglich der Fortschreibung des Nahverkehrsplans auf. Der aufgestellte Zeitplan wird bisher eingehalten.

Kreisrat Wachs verlässt um 14.43 Uhr die Sitzung.

Herr Studenik ergänzt die Ausführungen in Bezug auf die Verteilung der Haushaltsfragebögen, auf den Rücklauf sowie auf die nächsten Handlungsschritte.

Kreisrätin Dr. Weida, Kreisrätin Setzensack sowie Kreisrat Reichl (als Gast) äußern sich aufgrund der ihrer Meinung nach geringen Rücklaufs der Haushaltsfragebögen kritisch. Kreisrätin Dr. Weida glaubt, dass die Befragung nicht repräsentativ sei, aber dass sie die Umfrage dennoch für wertvoll halte. Für die Kreisräte Hofmeister, Dr. Fischer und auch für die Verwaltung ist der Rücklauf jedoch zufriedenstellend. Dies auch deshalb, da der Mikrozensus sowie die Angebote von Planungsbüros es als ausreichend ansehen, wenn 1 % der Bevölkerung befragt wurden.

Landrat Dr. Faltermeier stellt heraus, dass, unabhängig davon in welcher Art und Weise, jeder die Möglichkeit an der Teilnahme der Befragung hatte und lobt in diesem Zusammenhang die umfangreiche Arbeit der Verwaltung.

Zum Abschluss der intensiven Diskussion um die Haushaltsbefragung richtet Landrat Dr. Faltermeier einen Appell an die Kreistagsmitglieder und an die Presse, noch einmal die Werbetrommel für das Ausfüllen des Haushaltsfragebogens zu rühren. Der Haushaltsfragebogen ist nicht für die Verwaltung verteilt worden, sondern für die Bürgerinnen und Bürger und damit auch für die Gemeinden.

Ferner gibt Landrat Dr. Faltermeier bekannt, dass in den nächsten Tagen an die Parteien ebenfalls ein Fragebogen versandt wird. Damit haben auch die Parteien die Möglichkeit, Anregungen zu äußern.

Landrat Dr. Faltermeier entspricht der Bitte von Kreisrat Reichl, die Präsentation online zu stellen. Dies wird in nächster Zeit erfolgen.

Beschluss-Nr. 124: Sonstiges

Herr Studenik gibt den Starttermin am 14.12.2014 für die Tarifaufweitung des MVV bis Mainburg und für die Auftaktveranstaltung am 10.12.2014 bekannt. Eine Einladung erfolgt in den nächsten Tagen. Landrat Dr. Faltermeier stellt fest, dass der Raum Mainburg durch die Tarifaufweitung eine höhere wirtschaftliche Bedeutung erlangen wird und Pendler ein attraktives Angebot erhalten.

Die Sitzung war um 15:05 Uhr beendet.

Landrat

Protokollführer

Dr. Faltermeier

Studenik